

Inhaltsverzeichnis

A.	Einleitung.....	13
B.	Finanzmarktaufsicht durch die BaFin.....	15
I.	Die Errichtung der BaFin	15
1.	Die ehemaligen Aufsichtsbehörden	15
2.	Das Gesetz über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (FinDAG).....	15
II.	Die Organisationsstruktur der BaFin.....	18
1.	Allgemeines.....	18
2.	Gremien.....	19
a)	Organe, Satzung	19
b)	Leitung	20
c)	Verwaltungsrat	21
d)	Fachbeirat, Verbraucherbeirat und andere Beiräte	22
III.	Überblick über die Aufgaben und Befugnisse der BaFin.....	23
1.	Die Aufgaben der BaFin	24
a)	Die einschlägigen Vorschriften des FinDAG	24
b)	Bankenaufsicht als Aufgabe der BaFin.....	25
c)	Wertpapieraufsicht als Aufgabe der BaFin.....	27
d)	Versicherungsaufsicht als Aufgabe der BaFin.....	29
2.	Die Befugnisse der BaFin.....	31
a)	Allgemeines	31
b)	Der Erlass von Rechtsverordnungen.....	32
c)	Der Erlass von Verwaltungsvorschriften	33
d)	Der Erlass von Verwaltungsakten.....	36
e)	Die Ermächtigung der hoheitlichen Befugnisse der BaFin.....	38
C.	Die Unabhängigkeit der BaFin im organisationsrechtlichen Bereich.....	41
I.	Die Grundform der Staatsverwaltung	41
1.	Bundesunmittelbare Verwaltung.....	41
2.	Bundesmittelbare Verwaltung.....	43
3.	Die BaFin als bundesunmittelbare Verwaltungsform	46
II.	Die BaFin als eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.....	47
1.	Zum Verständnis der rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts.....	47

2.	Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.....	49
3.	Die Abgrenzung von den drei bisherigen Behörden.....	52
a)	Grundlage.....	52
aa)	Der Bundesminister als Verwaltungsspitze.....	52
bb)	Das Weisungsrecht des Ministers.....	53
b)	Organisatorische Abgrenzung der Anstalten von Behörden.....	54
c)	Die Vorgängerbehörden der BaFin.....	56
aa)	Die Bedeutung der „selbständigen“ Bundesoberbehörde im Sinne des Art. 87 Abs. 3 GG.....	56
bb)	Die Kontrolle des BMF über die drei bisherigen Bundesoberbehörden.....	58
III.	Postulat der anstaltlichen Verselbständigung der BaFin.....	60
1.	Die BaFin als bundesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.....	60
2.	Die Unabhängigkeit weiterer Aufsichtsbehörden.....	61
a)	Deutsche Bundesbank.....	61
b)	Bundesnetzagentur.....	64
3.	Die Rolle der anstaltlichen Rechtsfähigkeit.....	68
4.	Postulat der anstaltlichen Verselbständigung.....	71
5.	Die Verwirklichung der Unabhängigkeit der BaFin.....	72
a)	Ausgangspunkt.....	72
b)	Begrenzte Aufsicht.....	73
aa)	Die prinzipielle Anerkennung der Aufsicht über die öffentlichen Anstalten.....	73
bb)	Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht in der Verwaltungspraxis.....	77
cc)	Zwischenergebnis.....	80
c)	Die eigene Willensbildung.....	82
aa)	Die umfassende Einflussnahmemöglichkeit des BMF auf die BaFin.....	82
bb)	Begrenzte Autonomie des Verwaltungsrates.....	84
d)	Die Selbstverwaltung.....	86
aa)	Satzungshoheit als Selbstverwaltungskorrelat.....	86
bb)	Die mangelnde Satzungshoheit der BaFin.....	87
IV.	Ergebnis.....	88
D.	Die Unabhängigkeit der BaFin im personellen Bereich.....	93
I.	Die Unabhängigkeit im Bereich des Direktoriums.....	93
1.	Die besondere Nähe des politischen Beamten zur Staatsleitung.....	93
2.	Die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Mitglieder des Direktoriums.....	94

II.	Die Unabhängigkeit im Bereich der Mitglieder des Verwaltungsrats.....	95
1.	Die bisherige personelle Zusammensetzung des Verwaltungsrats	95
2.	Die neue personelle Zusammensetzung des Verwaltungsrats.....	96
3.	Zwischenergebnis.....	98
III.	Die Unabhängigkeit im Bereich der Verwaltungsbediensteten.....	98
1.	Personelle Zusammensetzung der Verwaltungsbediensteten der BaFin.....	98
a)	Beamte	98
b)	Angestellte, Arbeiter und Auszubildende.....	99
c)	Zwischenergebnis.....	99
2.	Die Einstellung hoch qualifizierter Spezialisten.....	100
3.	Die eigene Dienstherrenfähigkeit der BaFin	102
a)	Der Begriff der Dienstherrenfähigkeit.....	102
b)	Voraussetzungen der Dienstherrenfähigkeit.....	102
aa)	Allgemeines.....	102
bb)	Bedeutende hoheitliche Befugnisse der BaFin	104
c)	Die Rolle der Dienstherrenfähigkeit für die Verselbständigung der Anstalt.....	106
4.	Der Funktionsvorbehalt (Art. 33 Abs. 4 GG).....	107
a)	Der Begriff des Funktionsvorbehalts.....	107
b)	Relevanter Geltungsbereich des Funktionsvorbehalts	109
c)	Tatbestandsmerkmale des Funktionsvorbehalts	110
aa)	„Regelcharakter“	110
bb)	„Als ständige Aufgabe“	111
cc)	Ausübung hoheitlicher Befugnisse	112
d)	Die Rolle des Funktionsvorbehalts im personellen Bereich.....	113
IV.	Ergebnis	116
V.	Exkurs: Der Funktionsvorbehalt und die „Zweispurigkeit“ im öffentlichen Dienst.....	116
E.	Die Unabhängigkeit der BaFin im budgetären Bereich.....	121
I.	Finanzierungssystem der BaFin	121
1.	Deckung der Kosten der Aufsicht.....	121
2.	Finanzierung im Wege von Gebühren und gesonderten Erstattungen	123
3.	Finanzierung im Wege von Umlagen.....	124
4.	Die Form der Eigenfinanzierung der BaFin	125
a)	Hintergrund der Finanzierungsform der BaFin	125
b)	Problem der Finanzierungsform der BaFin.....	127

II.	Abgabensystematische Einordnung der Umlage	128
1.	Einordnung der Umlage als Gemeinlast	130
a)	Wesentlicher Charakter der Steuer	130
b)	Qualifizierung der Umlage als Steuer	131
2.	Einordnung der Umlage als Vorzugslast	132
a)	Einordnung als Gebühr	133
aa)	Wesentlicher Charakter der Gebühr	133
bb)	Qualifizierung der Umlage als Gebühr	134
b)	Einordnung als Beitrag	135
aa)	Wesentlicher Charakter des Beitrags	135
bb)	Die Qualifizierung der Umlage als Beitrag	136
3.	Einordnung der Umlage als Sonderabgabe	137
a)	Charakter der Sonderabgabe mit Finanzierungszweck	137
b)	Qualifizierung der Umlage als Sonderabgabe mit Finanzierungszweck	141
c)	Die Anforderungen bei der Erhebung von Sonderabgaben mit Finanzierungszweck	142
aa)	Sachzweck	143
bb)	Die Gruppenhomogenität der Abgabeverpflichteten	143
cc)	Spezifische Sachnähe der Abgabenschuldner	144
dd)	Finanzierungsverantwortung der abgabepflichtigen Gruppe	145
ee)	Die gruppennützige Verwendung des Abgabenaufkommens	146
ff)	Verfahrensrechtliche Anforderungen	148
gg)	Zwischenergebnis	149
III.	Die Verfassungsmäßigkeit der Umlageerhebung bei der BaFin	149
1.	Bestimmter Sachzweck	150
2.	Homogene Gruppe der Abgabenschuldner	153
3.	Besondere Sachnähe	155
4.	Gruppenverantwortung	156
5.	Gruppennützliche Verwendung	161
6.	Verfahrensrechtliche Kontrolle	166
7.	Qualifizierung der Umlage als Typus sui generis	166
8.	Die nichtsteuerliche Finanzierung in den weiteren wirtschaftlichen Bereichen	167
a)	Der Bereich des Telekommunikationsgesetzes	168
b)	Der Bereich nach dem Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung	170
c)	Zwischenergebnis	172

9.	Die Bedeutung der Öffentlichkeitsklausel des § 4 Abs. 4 FinDAG.....	173
10.	Zwischenergebnis.....	179
IV.	Ergebnis.....	181
F.	Schlussbemerkung.....	185
	Literaturverzeichnis.....	191